

Dieses Blatt erscheint in der Woche
zweimal.

Abonnements-Preis:
vierteljährlich für Berlin 7 M 50 Pf.,
für ganz Preussen, das übrige
Deutschland und ganz Oester-
reich 9 M.

Insertions-Gebühr:
die dreigespaltene Zeile 40 Pf.

Alle Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an; für Berlin die Expedition.

Als Gratis-Beilagen erscheinen
ausser anderen
tabellarischen Uebersichten
eine Zusammenstellung
aller Submissionen,
Allgemeine Verloosungs-Tabellen
und Restanten-Listen.

Die einzelne Nummer kostet 25 Pf.

Expedition der Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Telegraphische Depeschen.

Ems, 10. Juli, Vormittags. (C. T. C.) Se. Majestät der Kaiser machte gestern Nachmittag eine Spazierfahrt und wohnte am Abend der Vorstellung im Theater bei. Die Cur setzt Se. Majestät in gewohnter Weise fort. Zum heutigen Diner bei Sr. Majestät haben Prinz Heinrich XVIII. Reuss und andere hervorragende Persönlichkeiten Einladungen erhalten.

Wien, 10. Juli, Vormittags. (C. T. C.) Der Grossgrundbesitz in Galizien wählte durchweg conservative, derjenige in Tirol durchweg liberale Kandidaten. Die Wahlen sind beinahe beendet. Einer von der „Presse“ über das Ergebnis der Wahlen gemachten Berechnung zufolge haben die Liberalen im Ganzen 50 Sitze im Reichsrathe verloren.

Paris, 10. Juli. (C. T. C.) Die von einigen Journalen gebrachte Mittheilung über eine kürzlich im Ministerrathe vorgenommene Schätzung der Ernte, welche ergeben habe, dass die Getreidernte in Frankreich unzureichend sein werde, entbehrt der „Agence Havas“ zufolge der Begründung.

Lyon, 10. Juli, Vormittags. (C. T. C.) Bei einem gestern hier zu Ehren Ferdinand Lesseps stattgehabten Diner hielt dieser eine Rede, in welcher er die Zuversicht ausdrückte, dass das Project des Durchstichs der Landenge von Panama zur Durchführung gelangen werde. Der Amerikaner Nathan Appleton glaubte in seiner Erwiderung dieser Rede versichern zu können, dass America dieses Unternehmen unterstützen werde.

London, 9. Juli, Abends. (H. T. B.) I. M. Schiff „Orontes“ mit der Leiche des Prinzen Louis Napoleon an Bord, befindet sich, wie der Admiralität soeben telegraphisch signalirt wird, angesichts der Englischen Küste.

London, 10. Juli. (C. T. C.) Nach hier eingegangenen Nachrichten vom Cap vom 24. Juni traf General Creabock am 19. Juni bei dem Fort Chelmsford ein und begann am folgenden Tage der allgemeine Vormarsch. Am 21. Juni kam man an den Umbalazi Fluss. Man stiess nur auf unbedeutenden Widerstand. General Newdegate ist mit seinem Hauptquartier in Upoka eingetroffen. General Wood wird demnächst seine Verbindung mit dem General Creabock herstellen.

London, 10. Juli. (C. T. C.) Contreadmiral Hamilton, Capitain Herbert Bridge und Commodore Grenfell haben den Befehl erhalten, sich nach Meppen zu begeben, um den Krupp'schen Schiessversuchen beizuwohnen.

London, 10. Juli. (C. T. C.) Auf einem hier gestern stattgehabten Banket der Conservativen hielt der Staatssecretär des Auswärtigen, Marquis of Salisbury, eine Rede. Derselbe glaubt zunächst versichern zu können, dass die Stipulation des Berliner Vertrages in ihren wesentlichen Einzelheiten zur Ausführung gelangt sind. Gleichfalls glaubt der Minister, dass die auswärtigen Mächte, mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigt, den Wunsch und das Bestreben haben, den Frieden zu wahren. Die Stürme der letzten Jahre sind in der Abnahme begriffen. Von den zeitigen Concurrenten um den Besitz der wichtigen Mittelmeerpositionen ist keiner, weder unter den schon bestehenden Reichen, noch unter den sich constituirenden Nationalitäten, mächtig genug, um eine solche Aufgabe zu übernehmen. Das heutige reformirte Türkische Reich stützt sich auf die Zustimmung seiner Unterthanen, welche sich zu erhalten, sein fernerer Bestreben sein muss. Der Friede, den die Türkei gegenwärtig erlangt hat, ist ein Augenblick der Ruhe; von der Anwendung, welche sie davon macht, wird die Zukunft bedingt werden. Die Türkische Nation besitzt diejenigen Tugenden, welche ein Volk mächtig und reich machen können; ich hoffe, dass ihre Staatsmänner den Misbräuchen und der Corruption ein Ziel zu setzen wissen werden. Wir unsererseits haben auf jeden Fall unsere Schuldigkeit gethan. Zum Schluss erklärte der Minister, so sehr er auch den Wunsch hege, sich für die Politik der auswärtigen Mächte nicht zu interessieren, er doch darauf bestehen müsse, dass unter den gegenwärtigen Verhältnissen selbst ein friedliebender Staat, wie England, stets auf den Krieg vorbereitet sein müsse.

Rom, 9. Juli. (H. T. B.) In hiesigen Präla-

turkreisen wird der Meldung des „Diritto“, Papst Leo verhandle direct mit Fürst Bismarck wegen Herstellung eines modus vivendi, entschieden widersprochen, auch sei von einer Absicht der Preussischen Regierung, demnächst eine allgemeine Amnestie für die bestrafte Glieder des Clerus zu erlassen, im Vatican bisher nichts bekannt geworden.

New-York, 9. Juli. (C. T. C.) In Memphis (Tennessee) ist heute ein Fall von gelbem Fieber mit tödtlichem Ausgang vorgekommen. Nach Aussage der Aerzte soll der Fall sporadischer Natur sein.

Berlin, den 10. Juli.

— Die heutige (78.) Plenarsitzung des Deutschen Reichstags wurde vom Präsidenten v. Seydewitz um 10½ Uhr eröffnet.

Tagesordnung:
I. Fortsetzung der zweiten Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Gewerbeordnung.

Dieser beginnt mit der Abstimmung über Artikel 2 (Schank- und Gastwirthsgewerbe). Derselbe wird unverändert genehmigt; desgleichen ohne jede Debatte Artikel 3 (Pfandleihe- und Rückkaufsgeschäfte). Ebenso wird Titel und Ueberschrift des Gesetzes unverändert angenommen.

II. Zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags- etats pro 1879/80 (Bau eines Reichstagsgebäudes).

Referent Abg. Dr. Lucius empfiehlt die unveränderte Annahme der Vorlage und beantragt zugleich Namens der Commission zu beschliessen, eine aus 7 Mitgliedern bestehende Commission einzusetzen, welche unter dem Vorsitz des Präsidenten und unter Zuziehung sowohl von Vertretern des Bundesraths als wie von Technikern das Bauprogramm vom 18. November 1871 einer Revision unterziehen und die weiteren vorbereitenden Schritte thun soll, um dem Reichstag in seiner nächsten Session die geeigneten Vorlagen zur definitiven Feststellung der Ausführung des Baues zu machen.

Der Referent motivirt den Antrag der Commission damit, dass eine Verschiebung dieser Angelegenheit, die nun bereits seit 8 Jahren sich in der Schwebe befinde, nicht thunlich erscheine. Auch eine ganze Reihe anderer Bauten könne nicht zur Entscheidung kommen, so lange die Platzfrage bezüglich des Parlamentsgebäudes unentschieden sei. Eine Entscheidung des Reichstages im Sinne des Abg. Reichensperger, der den sogenannten kleinen Königsplatz für diesen Bau in Vorschlag bringe, wäre gleichbedeutend mit einer Ablehnung der Vorlage, was die Commission nach Lage der Verhältnisse nicht empfehlen könne.

Abg. Dr. Reichensperger-Crefeld hält den Gegenstand für viel zu wichtig, als dass man ihn so kurz vor Schluss der Session zu einem befriedigenden Abschluss bringen könnte. Er bedauert, dass seitens des Bundesraths ein Beschluss des Preussischen Fiscus wegen Erwerb des kleinen Königsplatzes nicht extrahirt worden. So lange dies nicht geschehen, könne man doch unmöglich behaupten: dieser Platz sei überhaupt nicht zu erwerben. Redner glaubt, dass ein Beschluss des Reichstages jedenfalls ein bedeutendes Gewicht auf die Entschliessungen der Preussischen Regierung ausüben würde, und beantragt deshalb, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, ob der von ihm bezeichnete Platz und unter welchen Bedingungen, zu erwerben sein würde und über das Ergebnis dieser Verhandlungen in der nächsten Session dem Reichstag Mittheilung zu machen. Gegen den Vorschlag der Regierung macht Redner sowohl ästhetische als auch finanzielle Bedenken geltend. Er giebt zur Erwägung anheim, wie viel der Bau selbst kosten werde, wenn der Bauplatz selbst schon die Summe von 5 Millionen erfordere; es würde der Parlamentsbau eine offene Wunde am Deutschen Reichskörper für längere Zeit bleiben. Er bittet deshalb, die Sache sehr ernst zu nehmen, und lieber noch einige Monate zu warten, als diesen kostspieligen Bauplatz zu bewilligen.

Staatsminister Hofmann tritt den Ausführungen des Vordrängers entgegen. Bereits im Jahre 1873 sei von der Reichstagscommission dieser Platz geprüft und als ungeeignet bezeichnet worden. Die Gründe, welche damals zu dieser Ueberzeugung geführt, beständen auch heute noch, und es sei

auch nicht schwer, sich klar zu machen, dass der kleine Königsplatz zum Bau des Parlamentsgebäudes völlig ungeeignet ist. Der Platz reiche nicht aus, ein monumentales, also ein nach allen Seiten freistehendes Gebäude zu errichten. Ausserdem würde der grossartige Strassenzug von der Alsenbrücke nach dem Königsplatze hin durchbrochen, und ferner würde das Hauptportal des Gebäudes durch den kolossalen Unterbau der Siegessäule verdeckt werden. Er bittet deshalb, es bei dem vorgeschlagenen Platze zu belassen. Die Regierung werde sich übrigens weitere Grundstücke nicht ankaufen. Sollte der Magistrat in dieser Beziehung auf seiner Ansicht beharren, so wäre das Project als aufgegeben zu betrachten; aber er hoffe, dass es gelingen werde, diese Schwierigkeiten zu beseitigen.

Abg. Frhr. v. Maltzahn-Gültz empfiehlt den Antrag der Commission, ebenso Abg. Löwe-Berlin. Letzterer spricht seine Ansicht dahin aus, dass der gegenwärtige Zustand auf die Dauer nicht aufrecht erhalten bleiben könne, der Platz am Königsplatz sei auch durchaus zum Bau geeignet, während der kleinere Königsplatz, so viel er wisse, gar nicht zu erwerben sei. Auch würde es sich nicht empfehlen, die wundervolle Avenue vom Königsplatz nach der Alsenbrücke zu verbauen.

Abg. v. Forckenbeck erklärt, dass er die gegündete Hoffnung aussprechen könne, der Magistrat von Berlin werde keine Schwierigkeiten gegen den Bau auf dem von der Regierung vorgeschlagenen Platze erheben, falls der Reichstag sich für denselben entscheiden sollte. Die entgegenstehenden Bedenken würden nach Entfernung der Feuerwerkerschule wegfallen, die Aussicht auf das Reichstagsgebäude würde ja dann eine freie sein. Wer, wie er, in die Sache eingeweiht ist und die widerstrebenden Ansichten kennt, welche nun schon Jahre lang die Entscheidung verzögern, der werde mit ihm gewiss der Meinung sein, dass der Reichstag endlich einen definitiven Beschluss fassen müsse, um die Angelegenheit nicht wiederum auf unbestimmte Zukunft zu verlagern. Auf den Patriotismus der Stadt Berlin könne der Reichstag vertrauen, die Stadt werde ihrerseits keine Schwierigkeiten erheben. Er bitte um Annahme des Commissionsantrages.

Die Discussion wird geschlossen; der Antrag der Commission wird abgelehnt und der Antrag Reichensperger mit grosser Majorität vom Hause angenommen.

III. Dritte Berathung der Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz wegen der Grenze bei Konstanz.

Die Vorlage wird definitiv genehmigt.
IV. Erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Steuerfreiheit des Branntweins zu gewerblichen Zwecken.

Derselbe wird ohne Debatte genehmigt. Desgleichen

V. in dritter Berathung der Gesetzentwurf, betreffend die Statistik des auswärtigen Waarenverkehrs des Deutschen Zollgebiets. Es folgen

VI. Wahlprüfungen. Nach den Anträgen der Wahlprüfungskommission werden die Wahlen der Abg. Stellter, Dr. Delbrück, Fürst Pless, Freih. v. Mirbach, Rickert (Danzig), v. Cranach, Bieler, Kiefer, Graf Bethusy-Huc, v. Gordon, v. Heildorf-Ruhestadt, v. Simpson-Gorgenburg, Ackermann, Löwe-Bochum, Richter (Kattowitz) für gültig erklärt. (Schluss des Blattes.)

— Der Bundesrath war zu gestern Nachmittag 2 Uhr zu einer Plenarsitzung berufen, welche jedoch wegen der Debatte im Reichstag auf heute vertagt worden ist. Auf der Tagesordnung standen: Vorlagen betreffend: a. Etatsüberschreitungen aus der Rechnungsperiode vom 1. Januar 1876 bis letzten März 1877; b. die Gebühr für die postamtliche Behändigung gerichtlicher Verfügungen; c. den Entwurf eines Gesetzes für Elsaas-Lothringen über die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen etc. Besprechung über die vom Reichstag bei der zweiten Berathung des Zolltarifentwurfs gefassten Beschlüsse. Ferner mündliche Ausschussberichte betreffend u. A. a. den Bericht der Reichsschulden-Commission in Verbindung mit der Mittheilung betreffend den Beschluss des Reichstags über denselben Gegenstand; die Denkschrift über